

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

18. WP - 14. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. April 2013, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Eichstädt (SDP)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Volker Dornquast (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christopher Vogt (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i.V. von Heike Franzen

i.V. von Karsten Jasper

i.V. von Anita Klahn

Weitere Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/478	
2. a) Entwurf eines Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein	7
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/620	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/662	
b) Tarifoffene, allgemein verbindliche Lohnuntergrenze - Tarifautonomie wahren	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/619	
Lohnuntergrenzen	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/657	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung des Wahlrechts behinderter Menschen	8
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/607	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels	9
Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 18/508 (neu)	
5. Kinderschutz in Schleswig-Holstein	10
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/571 (neu)	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Umdruck 18/660	

- 6. Duales Pflegestudium in Schleswig-Holstein ermöglichen** **11**
- Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN
[Drucksache 18/374](#) (neu)
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/412](#) - selbstständig -
- 7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes** **12**
- Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/436](#)
- 8. Erlass eines Förderprogramms zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum** **15**
- Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/286](#)
- 9. Aktionsplan Politische Jugendbildung** **16**
- Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/510](#)
- 10. Mehr Leichte Sprache in Schleswig-Holstein** **17**
- Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/496](#)
- 11. Impfstoffversorgung in Schleswig-Holstein für die Grippesaison 2013/14** **18**
- Antrag der Abg. Anita Klahn (FDP)
[Umdruck 18/979](#)
- 12. Anonyme Spurensicherung ermöglichen** **21**
- Antrag der Fraktionen der PIRATEN und der CDU
[Drucksache 18/605](#) (neu)
- Sicherung von Tatspuren bei sexueller Gewalt**
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/664](#) - selbstständig -

13. Entwurf zur Neuregelung der zwangsweisen Unterbringung und Behandlung in Schleswig-Holstein **22**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/606](#)

14. Verschiedenes **23**

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Der Ausschuss setzt folgenden Punkt von der Tagesordnung ab:

a) Drogenpolitik muss Präventionspolitik bleiben

Antrag der Fraktion der FDP - [Drucksache 18/157](#)

Drogenpolitik braucht Prävention und Innovation

Änderungsantrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/216](#) (neu) - selbstständig -

b) Konsequente Anti-Drogenpolitik und Suchtprävention fortsetzen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drucksache 18/179](#)

Punkt 1 der Tagesordnung:

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2013

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/478](#)

(überwiesen am 22. Februar 2013 an den **Europaausschuss** und an alle weiteren Ausschüsse des Landtags)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Europaausschuss, den Bericht der Landesregierung [Drucksache 18/478](#) zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/620](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/662](#)

b) Tarifoffene, allgemein verbindliche Lohnuntergrenze - Tarifautonomie wahren

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/619](#)

Lohnuntergrenzen

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/657](#)

(überwiesen am 20. März 2013 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Wirtschaftsausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, und bittet ihn, den Sozialausschuss am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung des Wahlrechts behinderter Menschen

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/607](#)

(überwiesen am 21. März 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, schriftliche Stellungnahmen einzuholen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/508](#) (neu)

(überwiesen am 20. Februar 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den
Finanzausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdruck 18/839](#)

Der Sozialausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der federführende Innen- und Rechtsausschuss um ein Votum der beteiligten Ausschüsse vor der Sommerpause bittet. Er kommt überein, diesen Punkt in seiner Sitzung am 16. Mai 2013 zu behandeln.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Kinderschutz in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/571](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/660](#)

hierzu: [Umdrucke 18/571](#) (neu), 18/660, 18/761, 18/822, 18/833, 18/854, 18/859, 18/899, 18/902, 18/922 (neu), 18/927, 18/928, 18/934, 18/935, 18/943, 18/944, 18/945, 18/946, 18/951, 18/955, 18/959, 18/963, 18/974, 18/975, 18/992, 18/1020, 18/1024

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Synopse der Anhörungsergebnisse zu erstellen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Duales Pflegestudium in Schleswig-Holstein ermöglichen

Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN

[Drucksache 18/374](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/412](#) - selbstständig -

(überwiesen am 14. Dezember 2012)

hierzu: [Umdrucke 18/760, 18/834, 18/851, 18/898, 18/906, 18/920, 18/921, 18/931, 18/937, 18/938, 18/939, 18/950, 18/952, 18/953, 18/954](#)

Abg. Rathje-Hoffmann vertritt die Auffassung, die vorliegenden Stellungnahmen hätten die Position der CDU bestätigt, und beantragt Abstimmung in der Sache.

Abg. Vogt spricht sich für die Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU und PIRATEN aus und merkt zu dem Änderungsantrag der Koalition kritisch an, offen bleibe, wie eine Kooperation mit Hamburg erfolgen und finanziert werden solle.

Abg. Pauls wirbt für die Annahme des Änderungsantrags der Koalition.

Abg. Dr. Bohn führt aus, die Frage der Finanzierung solle in einem Gesamtpaket geregelt werden.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, den Antrag der Fraktionen von CDU und PIRATEN, [Drucksache 18/374](#) (neu), abzulehnen, und mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung von CDU, FDP und PIRATEN, den selbstständigen Änderungsantrag [Drucksache 18/412](#) anzunehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/436](#)

(überwiesen am 25. Januar 2013)

hierzu: [Umdrucke 18/1009](#), [18/1010](#), [18/1021](#), [18/1022](#)

Abg. Baasch legt dar, die Koalition sehe sich durch die eingegangenen Stellungnahmen in ihrer Auffassung bestärkt, und wirbt um Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Opposition dagegen halten die Frage der Konnexität für nicht geklärt und schlagen vor, den Wissenschaftlichen Dienst zu beauftragen, dazu Stellung zu nehmen. Dazu führt Abg. Vogt aus, der Landtag habe nunmehr verschiedene Gesetze auf den Weg gebracht oder beschlossen, die möglicherweise Konnexität auslösten, bei denen diese Frage aber zu einem späteren Zeitpunkt geklärt werden solle. Das halte er aus haushaltspolitischen Gründen für fahrlässig. Abg. Dornquast unterstützt diese Auffassung und hält es für notwendig, die Frage der Konnexität vor Verabschiedung eines Gesetzes zu klären.

Abg. Neve macht auf mögliche zeitliche Probleme im Zusammenhang mit der Kommunalwahl aufmerksam.

Abg. Dr. Tietze verweist auf die Debatte in den letzten 20 Jahren zum Thema Sozialstaffel und plädiert engagiert dafür, durch die Annahme des Gesetzes ein Stück mehr Gerechtigkeit herzustellen. Es gehe insbesondere um die Gleichheit der Lebensverhältnisse in Schleswig-Holstein.

Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, führt aus, man habe die Frage der Konnexität durchaus abgewogen und bewertet. Sie halte es für sinnvoll, sich darüber klarzuwerden, über welche Größenordnung diskutiert werde. Richtig sei, dass die Frage der Konnexität beleuchtet werden müsse, bevor ein Gesetz auf den Weg gebracht werde. Das Ministerium sei zu dem Ergebnis gekommen, dass den Kommunen kein Anspruch auf Konnexitätsausgleich zustehe. Ob die Übertragung einer neuen

Aufgabe an die Kommunen beziehungsweise die Steigerung der Standards für die Erfüllung einer bereits übertragenen Aufgabe zu einer finanziellen Mehrbelastung führe, sei anhand eines Vergleichs der wirtschaftlichen Situation der einzelnen Kommunen vor und nach Inkrafttreten des Landesgesetzes beziehungsweise der Landesverordnung zu beurteilen. Daran fehle es, wenn mit der verursachten Mehrbelastung zugleich eine Reduzierung der finanziellen Belastung an anderer Stelle einhergehe. Zwar komme man mit dem Gesetz zu einer Mehrbelastung, aber auch zu einer Kompensation der Mehraufwendungen durch Einsparungen an anderer Stelle. Sie gehe davon aus, dass es in der Summe nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung der Kommunen komme. Sollte dem doch so sein, müsse dies konkret bewertet werden.

Abg. Baasch betont, die Koalition sehe sich in der Verpflichtung, politisch zu reagieren und einen Missstand zu beseitigen. Es handele sich hier noch nicht um die Einführung einer landesweiten Sozialstaffelregelung; diese solle in einem weiteren Schritt folgen.

Abg. Vogt merkt an, seine Fraktion stimme durchaus mit dem angestrebten Ziel überein.

Auch Abg. Dudda stimmt der Zielsetzung zu. Er erkundigt sich danach, ob bereits konkrete Beträge genannt werden könnten. Das verneint Staatssekretärin Langner für den gegenwärtigen Zeitpunkt. Vor diesem Hintergrund erneuert Abg. Dudda den Vorschlag, den Wissenschaftlichen Dienst um Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zu bitten.

Abg. Neve sieht die Gefahr, dass den Selbstverwaltungsgremien enge Grenzen gesetzt würden. Er weist auf den Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung hin. Das ziehe nach sich, dass Kreise zu unterschiedlichen Entscheidungen kämen. Das sei für ihn noch keine Ungerechtigkeit.

Abg. Dornquast gibt zu bedenken, dass hier ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung stattfinde. Er merkt weiter an, dass auch Gebühren, die einer Sozialstaffel zugrunde lägen, nicht vergleichbar seien, da Kindergartengebühren unterschiedlich hoch seien.

Im Übrigen könne die Frage der Konnexität nicht einfach beiseite geschoben werden. Bei den Kreisen gehe es um sechsstellige Summen. Die grundsätzliche Frage, ob Konnexität eintrete, müsse im Vorwege geklärt werden.

Abg. Dr. Bohn weist auf die Ausführungen der Staatssekretärin zum Thema Konnexität sowie die Forderung der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein im Hinblick auf eine Verbesserung der sozialen Teilhabe von Kindern hin.

Abg. Rathje-Hoffmann kündigt Ablehnung des Gesetzentwurfs durch ihre Fraktion an.

Der Antrag, den Wissenschaftlichen Dienst zu beauftragen, eine Stellungnahme abzugeben, wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag sodann mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Erlass eines Förderprogramms zur Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten
im ländlichen Raum**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/286](#)

(überwiesen am 15. November 2012)

hierzu: [Umdrucke 18/880, 18/883, 18/942, 18/980, 18/985, 18/1013,](#)
[18/1029](#)

Der Ausschuss verständigt sich nach kurzer Diskussion darauf, am 13. Juni 2013 eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die sozialpolitischen Sprecher werden beauftragt, sich am Rande der April-Tagung auf eine Liste der Anzuhörenden zu verständigen.

Auf Anregung des Abg. Dudda sollen in die Anhörung auch Kenntnisse des Scheiterns des Projektes Medibus in Niedersachsen einbezogen werden.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Aktionsplan Politische Jugendbildung

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/510](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Umdruck 18/1105](#)

(überwiesen am 21. Februar 2013 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss verständigt sich darauf, den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der CDU, [Umdruck 18/1105](#), in den federführenden Bildungsausschuss einzubringen und ihm zu empfehlen, einen Bericht der Landesregierung anzufordern.

Damit ist die Beratung des Sozialausschusses zu diesem Antrag abgeschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Mehr Leichte Sprache in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/496](#)

(überwiesen am 21. Februar 2013)

Mehr leichte Sprache nutzen

Änderungsantrag der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/1107](#)

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag der Fraktion der PIRATEN und dem Änderungsantrag der Koalition schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Eine Benennung von Anzuhörenden soll bis zum 26. April 2013 erfolgen. Die Frist bis zur Abgabe der Stellungnahme beträgt sechs Wochen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Impfstoffversorgung in Schleswig-Holstein für die Grippesaison 2013/14

Antrag der Abg. Anita Klahn (FDP)

[Umdruck 18/979](#)

Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, berichtet, das Ministerium stehe in engem Kontakt mit den Krankenkassen, die für eine ausreichende Zurverfügungstellung von Impfstoff zuständig seien. Die AOK Nordwest, die das Verfahren für Schleswig-Holstein betreue, habe Anfang dieses Jahres mitgeteilt, dass sie sich dazu entschieden habe, wieder das Ausschreibungsverfahren zu wählen. Sie habe Konsequenzen aus den Erfahrungen der Impfsaison 2012/13 gezogen und glaube, die Risiken im Sinne einer verlässlichen Versorgung ausschließen zu können. Danach verpflichteten sich die Kassen vertraglich zur Festlegung von Lieferfristen, zur Information über die Produktionsfortschritte, über Störungen und Besonderheiten im Produktionsprozess, über durch das Paul-Ehrlich-Institut freigegebene Mengen sowie über bestellte und ausgelieferte Impfstoffmengen. Der Vertragsinhalt sehe Vertragsstrafen für Spätlieferungen oder Ausfälle vor. Außerdem müsse der Hersteller zahlen, wenn ein anderer Hersteller benutzt werden müsse. Im Konfliktfall brauche nicht nachverhandelt und es könne direkt gehandelt werden; bei Engpässen werde früher informiert und der Markt könne „freigegeben“ werden.

Auch wenn die Kassen erhebliche Konsequenzen aus den Erfahrungen des letzten Jahres gezogen hätten, bleibe im Ministerium die Sorge, ob die vorgesehenen Maßnahmen ausreichend seien. Ein Ausschreibungsverfahren berge das Risiko, dass die Herstellung von Impfstoffen auf wenige Hersteller begrenzt werde. Hersteller, die keinen Zuschlag erhielten, würden sicherlich auch keinen Impfstoff produzieren. Das könne zu Schwierigkeiten bei der Besorgung von Ersatzimpfstoffen führen.

Ein weiterer Kritikpunkt sei, dass es für spezielle Risikogruppen wenige Möglichkeiten gebe, größere Impfstoffmengen bereitzustellen. Insgesamt sei eine Eingrenzung des Marktes zu erleben. Es sei in diesem Zusammenhang die Frage zu stellen, inwieweit Hersteller motiviert werden, für diese Gruppe weiter zu forschen.

Aus der Ärzteschaft kämen andere Vorschläge, mit dem Thema umzugehen.

Allerdings sei auch festzustellen, dass sich die Kassen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen hielten. Sie seien verpflichtet, den günstigsten Weg zu finden, um die Beschaffung von Medikamenten sicherzustellen. Eine Veränderung des Prozesses könne nur durch eine Änderung der bundesgesetzlichen Regelung erfolgen. Zu fragen sei, ob nicht für spezielle Risikogruppen spezielle Impfstoffe benötigt würden. Die Ministerin habe die Bundesministerin angeschrieben mit der Bitte um Prüfung, ob und inwieweit die Ausschreibungen Auswirkungen hätten und ob den Anforderungen an medizinische Versorgungsaspekte ausreichend Rechnung getragen werde.

Bislang liege kein Antwortschreiben vor. Sie gehe aber davon aus, dass die Erfahrungen im letzten Jahr einen Diskussionsprozess in Gang gesetzt hätten, der zu einer Veränderung der Bedingungen führen werde.

Mit Sorge sehe sie, dass aufgrund der Probleme im letzten Jahr mit der Versorgung von Grippeimpfstoff die Impfbereitschaft in der Bevölkerung deutlich zurückgegangen sei. Mit den Kassen sei thematisiert, eine entsprechende Kampagne aufzulegen und Versicherte darüber zu informieren, wann Impfstoffe zur Verfügung stünden.

Abg. Heinemann hält das Arzneimittelneuordnungsgesetz für eine Chance, die Kostenexplosion im Arzneimittelbereich in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig berge es aber auch Risiken. Hier müsse eine Balance zwischen den Chancen und den Risiken gefunden werden.

Abg. Dr. Bohn spricht sich dafür aus, saisonale Impfstoffe daraufhin zu betrachten, welche Strukturen es gebe und welche Änderungen notwendig seien. Sie hält es für notwendig, Überlegungen anzustellen, wie die Impfbereitschaft in der Bevölkerung wieder gesteigert werden könne.

Der Ausschuss bittet darum, ihm das Schreiben der Sozialministerin und - nach Eingang - auch das Antwortschreiben der Bundesministerin zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wird darum gebeten, den Ausschuss gegebenenfalls schriftlich über wesentliche Entwicklungen in diesem Bereich zu informieren.

Abg. Rathje-Hoffmann erkundigt sich nach einer Abstimmung unter den Ländern. Sie spricht sich dafür aus, den Fokus darauf zu legen, das Vertrauen der Menschen wieder zurückzugewinnen, um die Impfbereitschaft zu erhöhen. Sie begrüßt, dass der Ausschuss über die aktuelle Entwicklung auf dem Laufenden gehalten werde und wünscht sich eine Art „Frühwarnsystem“.

Staatssekretärin Langner gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, dass die Kassen alles das, was vertraglich habe geregelt werden können, auch geregelt hätten. Die Praxis in den Ländern sei abhängig von den Zuständigkeitsbereichen der Krankenkassen. Sowohl bei der Frage, ob ausgeschrieben worden sei, als auch bei der Frage, wie ausgeschrieben worden sei, sei die Praxis sehr unterschiedlich gewesen. Sie gehe allerdings davon aus, dass zwischen den Krankenkassen ein Erfahrungsaustausch stattgefunden habe und versucht worden sei, aus den Erfahrungen zu lernen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Anonyme Spurensicherung ermöglichen

Antrag der Fraktionen der PIRATEN und der CDU

[Drucksache 18/605](#) (neu)

Sicherung von Tatspuren bei sexueller Gewalt

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/664](#) - selbstständig -

(überwiesen am 21. März 2013 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss kommt überein, schriftliche Stellungnahmen einzuholen und eine mündliche Anhörung am 29. August 2013 durchzuführen. Die sozialpolitischen Sprecher werden beauftragt, sich am Rande der April-Tagung auf den Kreis der Anzuhörenden zu verständigen.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Entwurf zur Neuregelung der zwangsweisen Unterbringung und Behandlung in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/606](#)

(überwiesen am 21. März 2013 an den **Sozialausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Landesregierung voraussichtlich im Herbst 2013 einen Gesetzentwurf zu diesem Thema einbringen wird. Im Einvernehmen mit dem Antragsteller stellt er die Beratung des Gesetzentwurfs [Drucksache 18/606](#) bis zu diesem Zeitpunkt zurück.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Tötung im AMEOS-Klinikum für forensische Psychiatrie und Psychotherapie Neustadt

Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, berichtet, am 24. März habe es ein Tötungsdelikt in der AMEOS-Klinik in Neustadt gegeben. Am 16. April 2013 habe ein verdächtiger Patient ein umfassendes Geständnis abgelegt. Die Staatsanwaltschaft halte das Geständnis für glaubwürdig. Es bestehe dringender Tatverdacht. Dieser ergebe sich aus der Übereinstimmung der Schilderungen des geständigen Patienten mit Obduktionsergebnissen von Tatort und Leiche. Es sei nicht zu erwarten, dass die noch ausstehenden Ergebnisse der kriminaltechnischen Untersuchung davon abweichende Ergebnisse lieferten. Mit einer Anklageerhebung sei Anfang Mai zu rechnen. Mit diesem Geständnis habe sich die Situation in der Einrichtung entspannt.

Zu der Frage des Abg. Dudda, ob es Verbesserungen im internen Ablauf geben könne, legt Staatssekretärin Langner dar, die Frage, ob ein solcher Einzelfall vermeidbar sei, sei schwierig zu beantworten. Er sei allerdings zum Anlass genommen worden, über Sicherheitsbedingungen und Rahmenbedingungen zu sprechen. Auf der Basis eines im Jahr 2004 erstellten Gutachtens habe es umfangreiche Veränderungen im Bereich der Sicherheit der Einrichtung gegeben. Im Moment sei davon auszugehen, dass es kein Verschulden der Leitung gebe. Allerdings stehe man erst am Anfang der Auswertung.

b) Vorstellung eines systemischen Frauenhauses

Der Ausschuss kommt aus organisatorischen Gründen überein, die Information zu einem systemischen Frauenhaus auf voraussichtlich Herbst 2013 zu verschieben.

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, schließt die Sitzung um 15:50 Uhr.

gez. Peter Eichstädt
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin